

“Der kleine Markt kann für unsere staatsnahen Betriebe ein Problem sein“

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein für das Staatsfeiertags-Magazin 2017
des Liechtensteiner Volksblatts

Interview: Doris Quaderer, Chefredaktorin

Erscheinungsdatum: 10. August 2017

«Volksblatt»: Durchlaucht, der Landtag hat sich formiert und die ersten Sitzungen gehalten. Wie ist Ihr Eindruck von der neuen Volksvertretung?

Erbprinz Alois: Es ist noch etwas früh für einen ersten Eindruck. Bisher sind mir aber keine grossen Änderungen zum vergangenen Landtag aufgefallen.

Zwei Vorlagen sind im letzten Landtag massiv zerplückt worden und zwar diejenigen über den Bau von Schulraumprovisorien. Im Bezug auf die Schulbauten ist die Sache etwas vertrackt, die einen wollen ein Schulzentrum Unterland II, die anderen das St. Elisabeth behalten, wieder andere wollen, dass das Gymnasium saniert wird. Sehen Sie hier eine Lösung?

Es ist schwierig, eine Lösung zu finden. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die Vorlage der Schulbauten-Strategie im Herbst eine rasche Lösung bringen wird. Im Grunde sollten wir zuerst wissen, welche Art von Schule wir in Zukunft haben möchten, bevor wir überlegen, welche Schulbauten wir dafür benötigen. Bis zum Vorliegen der Bildungsstrategie 2025 wird man aber wahrscheinlich nicht mit weiteren Schritten warten können. Wahrscheinlich werden wir daher nach pragmatischen Lösungen suchen müssen.

Im Juni-Landtag gab es ein Traktandum, welches in den Medien nicht gross Beachtung gefunden hat, nämlich die Wahl eines Landrichters bzw. einer Landrichterin. Die vom Richterauswahlgremium vorgeschlagene Vorarlbergerin ist vom Landtag nicht gewählt worden. Es ist damit das zweite Mal innert kurzer Zeit, dass der Landtag einem Vorschlag des Richterauswahlgremiums nicht gefolgt ist. Ist das für Sie als Vorsitzenden dieses Gremiums nicht ein Affront?

Grundsätzlich nicht. Das Richterauswahlgremium geht bei der Auswahl der Kandidaten so vor, dass alle Bewerberinnen und Bewerber interviewt und geprüft werden. Auch pflegt es einen regelmässigen Austausch mit Vertretern aller Gerichtsinstanzen. Dadurch erhält das Auswahlgremium ein sehr viel umfassenderes und unmittelbares Bild als der Landtag. Das Gremium ist in seinen Vorschlägen an gesetzliche Vorgaben – sprich Qualifikation, Erfahrung und persönliche Eignung – gebunden. Der Landtag ist an diese Vorgaben nicht gebunden und so können bei seiner Entscheidung auch leichter politische Überlegungen die Oberhand gewinnen. Eine gut funktionierende, unabhängige Gerichtsbarkeit ist allerdings ein wichtiger Standortfaktor. Daher sollte man bei der Auswahl der Richter möglichst auf sachliche Kriterien schauen und der Landtag Kandidaten nur bei sehr stichhaltigen Argumenten ablehnen.

Denken Sie, dass bei diesen zwei abgelehnten Kandidaten vielleicht politische Überlegungen wie die fehlende liechtensteinische Staatsbürgerschaft eine Rolle gespielt haben?

Die Abstimmungen im Landtag über die Wahl von Richterkandidaten sind geheim. Zu den Überlegungen des Landtages könnte ich in diesen beiden Fällen daher nur Vermutungen anstellen. Ich möchte jedoch festhalten, dass dem Richterauswahlgremium die Bestellung von Richtern mit liech-

tensteinischer Staatsbürgerschaft ein grosses Anliegen ist. Als vor einigen Jahren festgestellt wurde, dass es kaum noch Eingaben liechtensteinischer Staatsangehöriger auf Ausschreibungen von Landrichterstellen gab, regte das Richterauswahlgremium die Einführung des Richteramtsanwärters an. Dies hat erfreulicherweise dazu geführt, dass wir nun wieder liechtensteinischen Nachwuchs haben. Das Richterauswahlgremium ist aber verpflichtet, nach den gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien die Kandidaten auszuwählen. Die Staatsbürgerschaft kann hingegen nur dann für das Richterauswahlgremium ein vorrangiges Auswahlkriterium sein, wenn diese für eine Richterstelle auch gesetzlich vorgeschrieben ist.

Nun ist aber trotzdem im zweiten Anlauf ein österreichischer Staatsbürger gewählt worden. Dies, obwohl es eine Liechtensteinerin gegeben hätte.

Ich denke, dass der Landtag in diesem Fall andere Kriterien als die Staatsbürgerschaft höher gewertet hat. Ausserdem könnte auch geholfen haben, dass der neue Kandidat um viele Jahre älter ist und dadurch über erheblich mehr Erfahrung verfügt.

Ist es eigentlich gut, wenn man liechtensteinische Richter rekrutiert, sind die in so einem kleinen Land nicht rasch befangen?

Die Kleinheit des Landes bringt in dieser Hinsicht durchaus Schwierigkeiten – man ist miteinander verwandt, im gleichen Verein oder ging in die gleiche Schule. Daher ist es meines Wissens auch unter den Richtern und den Landtagsabgeordneten unbestritten, dass wir in Liechtenstein ausländische Richter benötigen. Aber es ist natürlich auch ein berechtigtes Anliegen, genügend Richter mit liechtensteinischer Staatsangehörigkeit zu haben. In den oberen Instanzen ist es ausserdem gesetzlich vorgeschrieben, dass die Mehrheit einen Liechtensteiner Pass haben muss. International sind wir mit ausländischen Richtern ein Sonderfall, aber ich denke, das ist ein sinnvolles System.

Von der Judikative mal zur Exekutive – sprich von den Richtern zur Regierung. Es ist ja bereits bekannt, welche Schwerpunkte die Regierung setzen will. Wie bewerten Sie diese?

Aus meiner Sicht setzt die Regierung die richtigen Schwerpunkte. Die Regierung hat mehrere Punkte aufgenommen, die mir auch ein Anliegen sind und die ich auch schon bei der Landtagseröffnung angesprochen habe. Beispielsweise die Digitalisierung und die damit verbundenen Herausforderungen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Optimierung der Bildung, der Finanzausgleich, der demographische Wandel und die Darstellung des Landes nach aussen.

Um gerade beim letzten Punkt einzuhaken, der Imagepflege Liechtensteins. Kürzlich hat ja Aussenministerin Aurelia Frick ihren deutschen Amtskollegen Sigmar Gabriel besucht. Dieser hat auf Twitter Liechtenstein als guten Partnerstaat bezeichnet und Frau Frick herzlich willkommen geheissen. Vor neun Jahren wäre so ein Tweet absolut undenkbar gewesen.

Ja. Es hat ein Wandel stattgefunden. Liechtenstein wird heute viel positiver wahrgenommen. Auch wird die Verlässlichkeit Liechtensteins sehr geschätzt und was sich in Liechtenstein in den letzten Jahren alles getan hat. Ausserdem wird im Ausland registriert, wie wirtschaftlich stabil das Land auch in turbulenten Zeiten war. In einem Zeitalter der Informationsüberflutung ist es jedoch eine ständige Herausforderung, immer wieder gut zu kommunizieren und sich bei den wichtigen Meinungsbildern im Ausland in Erinnerung zu rufen. Gute Beziehungen zu den anderen Staaten sind für die politische und wirtschaftliche Stabilität von Kleinstaaten ganz entscheidend. Beispielsweise würde der Verlust der freien Zugänge zu internationalen Märkten sofort zu grossen wirtschaftlichen Problemen führen.

Aussenpolitik ist in dem Fall nicht einfach «nice to have», sondern essentiell für das Überleben unseres Staates.

Ganz genau. Ich denke, das ist den Bürgern manchmal zu wenig bewusst. Teilweise besteht die Meinung, dass Aussenpolitik nur Geldverschwendung ist. Dem ist aber nicht so. Klar, es ist schwer zu messen, wo Geld in der Aussenpolitik gut eingesetzt ist und wo nicht. Auch kann man den Ressourceneinsatz sicher noch optimieren und z.B. die Auslandseinsätze zwischen den verschiedenen Behörden und Verbänden noch genauer aufeinander abstimmen.

Wir haben Liechtenstein Marketing, wir haben Wirtschaftsverbände und dann natürlich die Politik. Wie können die stärker zusammenspannen?

Es wäre nötig, dass eine Stelle die Gesamtkoordination macht. Wo die am besten platziert ist, müsste man noch prüfen. Ich glaube, mit einem besser koordinierten Auftritt könnten wir effizienter kommunizieren. Schliesslich sind in Liechtenstein die Wege kurz, diese Chance müssten wir nützen.

Dieses Thema taucht ja immer wieder im Zusammenhang mit dem Finanzplatz auf. Auch hier heisst es, könnten die Verbände besser zusammenarbeiten.

Ja. Meines Wissens passiert jetzt aber auch einiges. Es gibt beispielsweise gemeinsame Überlegungen von Bankenverband und Treuhandkammer, in dieser Hinsicht aktiver zu werden.

Warum läuft das so zögerlich? Solche Bestrebungen gibt es ja schon lange. Sie waren ja auch in dem Gremium, welches nach 2008 eine koordinierte Finanzplatzstrategie ausgearbeitet hat. Warum ist es so schwierig, dass alle an einem Strick ziehen?

Zu Beginn lagen die Schwierigkeiten einerseits bei persönlichen Befindlichkeiten und andererseits gab es sehr unterschiedliche Sichtweisen, wohin man wie schnell gehen sollte. Heutzutage herrscht viel mehr Einigkeit. Ausserdem hat den Verbänden schlicht die Zeit gefehlt. Alle waren durch die enorme Regulierungswelle absorbiert, die sehr viele Kapazitäten gebunden und damit auch die Möglichkeiten eingeschränkt hatte.

Denken Sie, dass dieser Druck langsam wieder nachlässt?

Die Finanzdienstleister sind noch immer stark gefordert und es kommen auch immer wieder neue Auflagen, die es zu bewältigen gibt. Aber insgesamt denke ich, dass jetzt der Spielraum wieder etwas grösser wird.

Ein Verband in der Finanzdienstleistungsbranche, der Bankenverband, ist derzeit auch dabei, etwas zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Im Zentrum von Vaduz wird eine Kita für Kinder von Bankangestellten gebaut. Auch Sie haben in der Thronrede zur Landtagseröffnung betont, dass eine bessere Vereinbarkeit wichtig ist. Gleichzeitig haben Sie sich aber gegen eine Frauenquote ausgesprochen. Wie kann es gelingen, dass Frauen sowohl in Führungspositionen als auch in der Politik besser vertreten sind?

In meiner Rede anlässlich der Landtagseröffnung habe ich betont, dass ich eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die wichtigste Voraussetzung halte, dass sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik mehr Frauen in Führungspositionen aufsteigen. Dazu braucht es sowohl staatliche Massnahmen als auch Massnahmen auf Seiten der Unternehmen. Der Staat kann Eltern besonders während der ersten Lebensjahre des Kindes finanziell besser absichern, Blockzeiten bei den Schulen einführen und die Wirtschaft bei der Suche nach familienfreundlichen Massnahmen unterstützen. Die Unternehmen können insbesondere dadurch beitragen, indem sie die Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit flexibler gestalten lassen, mehr Teilzeitarbeit anbieten und auch Teilzeitarbeit in Führungspositionen bei Frauen und Männern fördern. Männliche Führungspersonen in Teilzeitarbeit braucht es vor allem auch deshalb, weil es sich gezeigt hat, dass Frauen eher Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen, wenn männliche Kollegen in Führungspositionen das auch tun.

Die FDP hat ja im Mai-Landtag ein entsprechendes Postulat eingereicht. Das Kindergeld soll erhöht und gestaffelt bezogen werden können, ausserdem sollen die Blockzeiten an den Schulen ausgebaut werden. Geht das bereits weit genug oder müsste man Ihrer Meinung nach noch weitergehen?

Die Stossrichtung ist sicherlich gut. Für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird aber mehr nötig sein – vor allen auch Massnahmen auf Seiten der Unternehmen. Für den Erfolg wird meiner Ansicht nach entscheidend sein, dass Staat und Unternehmen gemeinsam ein fein aufeinander abgestimmtes Paket an Massnahmen schnüren. Erfreulich ist, dass sich auf Seiten der Unternehmen schon einiges bewegt und z.B. neben dem Bankenverband auch noch weitere Betriebe Kitas bauen oder bereits gebaut haben.

In der Schweiz ist vor Kurzem eine Initiative eingereicht worden, die vier Wochen bezahlten Elternurlaub für Väter fordert. Wäre dies auch ein Thema?

Meiner Ansicht nach sollte die finanzielle Unterstützung der Eltern durch den Staat im ersten Lebensjahr des Kindes so bemessen werden, dass sowohl die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten und von Tagesmüttern als auch der Bezug von unbezahltem Elternurlaub finanziell möglich werden. Ob dafür ein bezahlter Elternurlaub, wie in der Schweiz auch für Väter oder bei uns von der Freien Liste gefordert, nötig ist oder eine Erhöhung und Flexibilisierung des Kindergeldes oder andere finanzielle Massnahmen ausreichen, wird noch untersucht werden müssen.

Wie sieht es denn eigentlich im Fürstenhaus aus mit Frauen in Führungspositionen? Eine weibliche Thronfolgerin kann es ja nach wie vor nicht geben.

Ja. Das Hausgesetz des Fürstenhauses sieht keine weibliche Thronfolge vor und ich glaube auch nicht, dass das Fürstenhaus eine solche einführen wird. Viele Frauen des Fürstenhauses nehmen aber Führungspositionen wahr.

Wäre aber nicht die Zeit nicht reif, das Hausgesetz diesbezüglich zu ändern? Das wäre auch ein starkes Signal an die Bevölkerung. Abgesehen davon gibt es ja in anderen Monarchien längst auch Thronfolgerinnen.

Das Hausgesetz ist nicht dazu da, Signale an die Bevölkerung zu senden – seien diese politischer oder anderer Art. Zweck des Hausgesetzes ist es vielmehr, für klare und stabile Strukturen des Fürstenhauses zu sorgen. Davon profitiert letztlich auch das Land, weil das Fürstenhaus im Vergleich zu den anderen europäischen Monarchien eine ganz andere verfassungsrechtliche Rolle einnimmt, bei der neben dem Fürsten letztlich auch noch die Gesamtfamilie eine besondere Verantwortung trägt. Mit der Einführung der weiblichen Thronfolge wäre auch die Weitergabe der Mitgliedschaft im Fürstenhaus über die weibliche Linie verbunden. Dadurch würde aber die Anzahl der Mitglieder des Fürstenhauses mit jeder neuen Generation erheblich zunehmen und damit die Struktur des Fürstenhauses mit der Zeit immer komplizierter und instabiler.

Also denken Sie, es wäre einfacher eine Frauenquote durchs Volk zu bringen, als das Hausgesetz zu ändern?

Ja, ich denke, es wäre einfacher, eine Frauenquote einzuführen (lacht).

Wenn wir gerade bei heissen Eisen sind – ein solches wäre das Thema Raumplanung. Dazu steht nichts im Koalitionsvertrag. Wäre es nicht an der Zeit, dass sich eine Regierung wieder mal an dieses Thema wagt? Schliesslich ist die Siedlungsfläche seit 1960 um 700 Prozent ausgedehnt worden – die Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum um 120 Prozent gewachsen. Angesichts dieser Zahlen schrillen bei Raumplanern die Alarmglocken und trotzdem geht nichts vorwärts.

Das Thema ist schwierig und es wurden in den letzten Jahrzehnten bereits zwei Reformvorschläge vom Volk abgelehnt. Entsprechend sollte man so ein Thema nur gut vorbereitet angehen. Aber es könnte sich sicher lohnen, Beispiele im umliegenden Ausland zu studieren. So wäre es vielleicht interessant, sich damit auseinanderzusetzen, wie der Kanton Zug in gewisser Hinsicht vergleichbare Herausforderungen angegangen ist.

In der Schweiz ist es jedoch so, dass Gemeinden nur Bauland für die nächsten 15 Jahre zonieren dürfen. In Liechtenstein ist Bauland für die nächsten 100 Jahre ausgeschieden. Das hiesse, dass wir kräftig rückzonieren müssten, wenn wir ein Schweizer Kanton wären. Das wäre dann schon sehr drastisch.

Es ist immer schwierig, Massnahmen zu treffen, bei denen es um viel Geld geht. Wir haben das auch im Gesundheitssektor erlebt. Daher muss man meiner Ansicht nach so ein Thema auch sehr gut vorbereiten, wenn man es angeht. Sonst steckt man viel Energie hinein und bleibt dann wieder stecken. Ich kann deshalb verstehen, dass die Regierung dieses Thema derzeit nicht prioritär behandelt. Schliesslich sind die Kapazitäten einer Regierung begrenzt und sie muss Prioritäten setzen. Aber langfristig ist das Thema sicher wichtig.

Sie haben den Gesundheitssektor angesprochen – auch da bleibt die Lage angespannt. Der Staat muss jetzt dem Landesspital mit drei Millionen Franken unter die Arme greifen. Die Privatklinik Medicnova hat die Situation für das Landesspital enorm verschärft. Wie beurteilen Sie das?

Die Situation für das Landesspital ist schwierig. Es sollte sich deshalb auf jene Bereiche spezialisieren, für die Liechtenstein als Gesundheitsmarkt gross genug ist und wo langfristig ausreichend lokale Nachfrage zu erwarten ist, die das Landesspital dann auch weitgehend selbst befriedigen kann. Eine Spezialisierung auf die Geriatrie könnte vielleicht ein solcher Bereich sein.

Mit Knieoperationen beispielsweise verdient man jedoch mehr als mit Leistungen der Grundversorgung.

Ja. Aber das könnte sich vielleicht auch einmal ändern. So hat z.B. eine jüngst veröffentlichte, grosse Studie ergeben, dass viele Arthroskopien unnützlich sind, worauf in der Schweiz laut darüber nachgedacht wird, Arthroskopien aus der Grundversorgung zu streichen. Die Finanzierbarkeit der Gesundheitssysteme bleibt jedenfalls eine enorme Herausforderung.

Denken Sie, dass die Reform des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) diesbezüglich ausreichend war oder bräuchte es noch weitere Schritte?

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir aufgrund der Kleinheit des Landes die Kostenentwicklungen nur beschränkt selbst im Griff haben können. Spitalkosten beispielsweise fallen ja zum grösseren Teil im Ausland an.

Die Kleinheit des Landes wirkt sich auch auf andere Staatsbetriebe aus. Die Post beispielweise kämpft mit einem rückläufigen Briefgeschäft, auch die Telecom tut sich mit dem kleinen Markt schwer, die Bergbahnen Malbun, welche zum grossen Teil dem Land und den Gemeinden gehören, schreiben jedes Jahr einen Verlust von mehr als einer halben Million Franken. Das Radio hat auch chronisch zu wenig Geld. Kann sich der Staat das alles leisten oder sollte man Ihrer Meinung nach gewisse Dienste auslagern.

Der kleine Markt kann für unsere staatsnahen Betriebe ein Problem sein. Gleichzeitig ist es für staatsnahe Betriebe meist schwierig, im Ausland zu wachsen. Wenn staatsnahe Betriebe in finanzielle Schieflage geraten, ist ausserdem der politische Druck gross, dass der Staat als Haupteigentümer nachschießt, um Arbeitsplätze zu retten und systemwichtige Dienstleistungen zu sichern. Man sollte

sich daher regelmässig die Frage stellen, bei welchen staatsnahen Betrieben der Staat wirklich noch Eigentümer sein muss bzw. wo er einen guten Service Public auch auf andere Weise sicherstellen kann. So könnte man staatsnahe Betriebe auch privatisieren oder an ausländische Unternehmen verkaufen und im Gegenzug die Erbringung von Service-Public-Dienstleistungen mit entsprechenden Auflagen ausschreiben.

Das Problem wäre dann wohl, dass die meisten Service-Public-Dienstleistungen nicht rentabel sind und man einen grossen Anreiz schaffen müsste, dass Private diese überhaupt übernehmen wollen. Gäbe man die Post beispielsweise in private Hände, wären wohl innert kurzer Zeit sehr viele Poststellen geschlossen. Bestünde nicht die Gefahr, dass viele Service-Leistungen abgebaut würden?

Ja. Diese Gefahr besteht, aber der Staat kann auch private Unternehmen für die Erbringung von nicht rentablen Service-Public-Dienstleistungen entsprechend bezahlen. Würde beispielsweise die Post verkauft, müsste der Staat vielleicht für die Abdeckung der kleineren Gemeinden etwas bezahlen, was aber billiger sein könnte als ein staatlicher Verlustbetrieb. Vor einer Privatisierung müsste man aber schon sehr genau abwägen, mit welcher Lösung man besser fährt. Schnellschüsse wären sicher verkehrt.

Im Landtag wurde bereits mehrfach der Wunsch geäussert, die Betriebe an die «kürzere Leine» zu nehmen und den Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten genauer auf die Finger zu schauen. Wäre das aus Ihrer Sicht nötig? Oder ist es besser, wenn man die Fachleute in den Geschäftsleitungen machen lässt?

Meiner Ansicht nach sollte der Landtag das operative Geschäft den Geschäftsleitungen überlassen und nur wenige strategische Grundentscheidungen für sich oder die Regierung vorbehalten. Dabei könnte er sich am Beispiel vieler Familienunternehmen orientieren, bei denen die Familien den Grossteil der Entscheidungen den Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten überlassen und nur für wenige, grundlegende Entscheidungen wie den Verkauf von strategischen Unternehmensbereichen, Unternehmenskäufe oder Investitionen in völlig neue Geschäftsbereiche die Zustimmung der Familie vorsehen.

Ein Bereich, bei dem man vielleicht auch mal wieder über die Bücher müsste, ist das Thema «Ehe für alle». In Liechtenstein wurde ja vor sechs Jahren mit grosser Mehrheit das Partnerschaftsgesetz angenommen. Viele Staaten gehen jetzt einen Schritt weiter: In Deutschland wurde die Ehe kürzlich für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, was auch das Recht auf Adoption von Kindern inkludiert. Ihr Vater hat sich dazu im letzten Neujahrsinterview mit Radio L ablehnend geäussert. Wie stehen Sie dazu?

Auch ich halte besonders die Fremdadaption durch gleichgeschlechtliche Paare für sehr problematisch. Die Ehe ist für mich ausserdem eine Verbindung zwischen einer Frau und einem Mann, die ich mit einer zwar nicht verpflichtenden, aber gesellschaftlich grundsätzlich gewünschten Zeugung von Kindern verbinde. Da eine solche Zeugung von Nachkommen heute nicht zuletzt aus demographischen Überlegungen gewünscht ist, kann es zudem sinnvoll sein, die Ehe im Unterschied zu einer eingetragenen Partnerschaft in dieser Hinsicht zu subventionieren. Daher halte ich es auch für richtig, begrifflich zwischen der Ehe einerseits und eingetragenen Partnerschaften als Verbindungen zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren andererseits zu unterscheiden, weil letztere naturgemäss keine eigenen Kinder zeugen können.

Würden Sie ein entsprechendes Gesetz sanktionieren, wenn ein entsprechender Vorstoss von der Politik oder vom Volk gutgeheissen würde?

Über die Sanktion eines Gesetzes äussere ich mich üblicherweise nicht, bevor es überhaupt vorliegt.

Noch ein Thema, welches kontrovers ist, ist die Entflechtung von Kirche und Staat. Sie waren ja kürzlich mit Ihrer ganzen Familie beim Papst und konnten dort das Thema auch auf sehr hoher Ebene ansprechen.

Mit Papst Franziskus hatten wir ein sehr positives Gespräch über die Herausforderungen der Kirche in der Welt. Auf die Entflechtung von Kirche und Staat in Liechtenstein sind wir im Gespräch mit dem Kardinalstaatssekretär zu sprechen gekommen. Es ging dabei allerdings nur um einen Austausch der jeweiligen Einschätzungen der aktuellen Situation.

Denken Sie, dass nach dem Stagnieren der Gespräche in zwei Gemeinden nun die Regierung wieder die Federführung übernehmen sollte?

Ich denke, man kann noch etwas abwarten. Falls es aber nicht bald doch noch Bewegung gibt, müsste man sich eine andere Regelung der Kirchenfinanzierung überlegen und zumindest auf Landesebene ein spendenbasiertes Modell einführen. Die Lösung der vermögensrechtlichen Fragen könnte man dann gänzlich den Gemeinden und dem Erzbistum überlassen. Bei neun Gemeinden liegen sowieso schon Lösungen vor, die man einfach umsetzen könnte.

Der Papst twittert, Donald Trump twittert, das britische Königshaus twittert, die Queen hat 3 Millionen Follower. Sie twittern und facebooken nicht. Sind Sie nirgends in den sozialen Medien unterwegs?

Nein. Ich nutze weder Facebook noch Twitter – ich schreibe lediglich E-Mails (lacht). Bei Politikern in Führungspositionen ist es meines Wissens so, dass nur die wenigsten ihre Social-Media-Kanäle selbst betreiben – da ist US-Präsident Trump eher die Ausnahme. Die meisten haben im Hintergrund Leute, welche diese Netzwerke füttern. Das halte ich jedoch in unserem Land, wo wir noch eine sehr direkte Kommunikation pflegen können, für nicht angebracht.

Über Twitter könnten Sie als geschäftsführendes Staatsoberhaupt aber noch direkter Ihre Meinung zu gewissen Themen sagen.

Für das operative Tagesgeschäft ist die Regierung zuständig. Wenn das Staatsoberhaupt immer noch seinen Senf dazugeben würde, wäre das sicher nicht förderlich. Dies wäre auch nicht passend für unser Staatssystem, in welchem sich das Staatsoberhaupt auf die grundsätzlichen Fragen und die langfristige, strategische Ausrichtung konzentriert.

Lesen Sie aber, was andere in den Sozialen Netzwerken schreiben?

Ich beobachte, dass Social Media grosse Zeitdiebe sein können. Daher lass ich mir wirklich interessante Informationen aus den Social Media lieber durch andere Personen per E-Mail zusenden.

Wie halten Sie denn Kontakt zu ihren Familienmitgliedern? Die sind ja sehr weit verstreut - Ihre Kinder studieren beispielsweise in England.

Dazu nutzen wir das Telefon, aber auch Facetime oder Skype, welche den Vorteil haben, sich auch auf dem Bildschirm sehen zu können. Ausserdem versuchen wir, uns regelmässig zu besuchen. Der persönliche Kontakt ist mir noch immer am liebsten. Diesen kann kein soziales Netzwerk ersetzen (lacht).